

- 1. November 1986: vor 35 Jahren führte ein Großbrand im Schweizer Chemieunternehmen Sandoz zu einer folgenschweren Vergiftung des Rheinwassers.
- 6. November 1971: vor 50 Jahren 520. und zugleich größter unterirdischer Kernwaffenversuch der USA auf der Aleuten-Insel Arnchitka.
- 24. November 1961: vor 60 Jahren verabschiedete die UNO eine Deklaration über das Verbot der Anwendung von Kern- und Wasserstoffwaffen.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

10. Ausgabe / 31. Jahrgang

Für Halle (Saale)

16. November 2021

## #MLUnterfinanziert

Am 10. November war in Halle ein doppelter Demo-Tag: Zuerst waren wir beim Warnstreik der Gewerkschaften GEW und ver.di, die damit Druck auf die Arbeitgeber:innen in der TVL-Verhandlung machen wollten. Sie haben zurecht argumentiert, dass ein starker öffentlicher Sektor auch gute Löhne braucht. Danach ging es auf den Universitätsplatz, um mit dem Aktionsbündnis #MLUnterfinanziert gegen die Kürzungspläne an der MLU zu protestieren. Bei beiden Veranstaltungen waren hunderte Menschen, die sich solidarisch für ihre Interessen stark gemacht



haben. Wir waren gerne dabei - denn wir brauchen starke Schulen, Hochschulen und Universitätsklinik!

Die Forderungen der Gewerkschaften ver.di und GEW sind legitim und drücken die dringend benötigte Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus. Attraktive Jobs brauchen auch attraktive Arbeitsbedingungen. Wenn wir



zum Beispiel starke Schulen, Universitätsklinik und Hochschulen wollen, dann muss auch dafür bezahlt werden. Es ist die Schuld der Arbeitgeber:innen, dass am Verhandlungstisch bis jetzt noch keine Lösung gefunden wurde. Darüber hinaus unterstützen wir das Aktionsbündnis #MLUnterfinanziert, welches im Anschluss an die Gewerkschaftskundgebungen auf dem Universitätsplatz zu Protesten aufrief. An der Martin-Luther-Universität steht der Abbau von tausenden Studienplätzen und Arbeitsplätzen auf der Agenda. Wenn das Land nicht möglichst schnell eine bessere Finanzierung bereitstellt, hat das nicht nur massive wirtschaftliche Auswirkungen auf die Stadt Halle, sondern wird auch die Arbeitsbedingungen im Hochschulbereich stark verschlechtern. Beide Konflikte gehören also zusammen und brauchen breite Unterstützung!

## Gedenken am 9. November - kein Opfer darf vergessen werden!

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 fand der vorläufige Höhepunkt des staatlich geförderten Antisemitismus im sogenannten „Dritten Reich“ statt. Jüdinnen und Juden wurden zu Hause überfallen, sie wurden gefoltert, gedemütigt und ermordet, ihre Häuser wurden verwüstet oder zerstört und viele Synagogen wurden angezündet. Es war der Höhepunkt der antisemitischen Politik - aber nur bis zu diesem Zeitpunkt. Die Reichspogromnacht war auch ein Testlauf für das faschistische Regime, wie die Bevölkerung auf die Ermordung und Vertreibung ihrer jüdischen Nachbar:innen reagieren würde. Die Ergebnisse sollten uns auch heute noch empört, wütend und nachdenklich machen: Kaum eine:r hat geholfen, als die hallesche Synagoge brannte. Kaum eine:r hat jüdische Nachbar:innen versteckt oder sich anderweitig solidarisiert. Viel zu viele haben stattdessen auf die Gele-

genheit gewartet, jüdische Geschäfte, Synagogen und Wohnungen zu plündern. Die Jahre des NS-Regimes hatten ihre Wirkung gezeigt und den Antisemitismus (fast) zum Konsens gemacht. Heute müssen wir deshalb an dieses grausame System und seine Opfer erinnern. Wir müssen schonungslos deutlich machen, wie sehr ein Großteil der Bevölkerung involviert war. Und wir müssen uns vor allem an jedes einzelne Opfer erinnern. Den jüdischen Hallenser:innen, die verfolgt, deportiert und ermordet wurden, gilt deshalb unser Andenken. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Stadt am Jerusalemer Platz (in der Nähe der zerstörten Synagoge) ein jährliches Gedenken abhält und darüber hinaus viele Bürger:innen Halles sich am Putzen von Stolpersteinen beteiligen. Dafür bedanken wir uns recht herzlich!

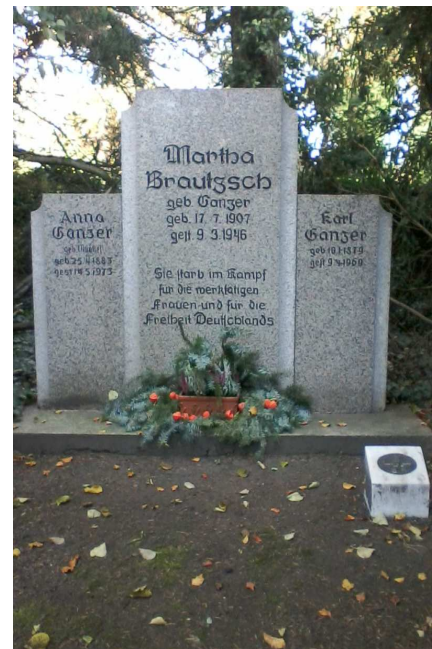
(LW)

## Grabpflege auf dem Südfriedhof



Seit vielen Jahren haben immer wieder Genoss\*innen und Sympathisant\*innen die Grabpflege für das Grab von Karl Meseberg und Martha Brautzsch übernommen. Seit längerer Zeit kümmern sich vor allem Christine und Christian Schürer um diese beiden Grabpatenschaften. Auf diesem Wege wollen wir uns als DIE LINKE, Halle ganz herzlich bei den beiden bedanken und es keinesfalls als Verständlichkeit ansehen.

Vielen Dank euch beiden!



### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 250 Exemplare

#### **Spendeerbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
11.11.2021  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 09.12.2021

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 27. Oktober 2021

Unsere Stadtratssitzung startet in der Tagesordnung gleich mit einem Widerspruch des Oberbürgermeisters (hier: vertreten durch Herrn Geier).

In der Stadtratssitzung Oktober wurde eine Vorlage zur Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und Einrichtungen des Katastrophenschutzes der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat nicht bestätigt.

Was war hier los? Der Stadtrat hatte vor etwa einem Jahr zugestimmt, dass die Aufwandsentschädigung für die Stadtjugendfeuerwehrwartin auf monatlich 200 Euro festgelegt wird. Das hatte das Landesverwaltungsamt kritisiert und gefordert, dass 110 Euro Aufwandsentschädigung ausreichend sind. Im Oktober stimmt der Rat dagegen. Rechtlich sind wir, so führte die Stadtverwaltung aus, an diese Regelung gebunden. Aus diesem Grund legte der OB (vertreten durch Herrn Geier) Widerspruch ein. Die Vorlage musste also noch einmal abgestimmt werden. Und diesmal beugten sich einige Stadträte dem Druck und stimmten mehrheitlich der Vorlage zu.

Die Stadtjugendfeuerwehrwartin müsste so 270 Euro (also begrenzt für 3 Monate) eine Rückzahlung tätigen. Grund für die Kürzung ist ein „Festmachen“ an Funktionsbezeichnungen. Soviel zur Wertung des Ehrenamtes.

Einige Vorlagen, wie z.B. die Geschäftsordnung des Stadtrates und der Variantenbeschluss zur Vorlage Stadtbahnprogramm- Paul-Suhr-Straße, wurden nochmal vertagt.

Beschlossen wurde die Kleingartenkonzeption Halle (Saale) 1. Fortschreibung. Diese Konzeption beinhaltet Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Kleingärten in unserer Stadt, da sie nicht nur viel Grün für die Stadt liefern und damit für unsere Klimaentwicklung unerlässlich sind, sie dienen auch der Erholung und Freizeitgestaltung. In den letzten Jahren gab es dennoch einen Rückgang von Nutzungen, die u.a. auf Lärmkonflikten und die Lage der Kleingärten zurückzuführen sind. Zu den Maßnahmen der Stadt gehören deshalb nicht nur der Erhalt und die Verbesserung der Attraktivität der Kleingärten, sondern auch der Abbau von Nutzungskonflikten und alternative Garten-

modelle.

Wir brachten dazu einen Änderungsantrag ein, der die Gartenanlage Nr. 15 Am Reidetal-Bruckdorf“ betraf. Diese Anlage wurde in den letzten Jahren mehrfach überflutet, wird nicht mehr genutzt konnte, so aus der Konzeption gestrichen werden.

Viele Diskussionen gabes zur Vorlage „Baubeschluss für die barrierefreie Sanierung der Außenanlagen zur Grundschule Silberwald und Förderschule „Janusz Korczak“ auf der Silberhöhe. Es geht um den Neubau der Außenanlagen. Dazu gab es generell Zustimmung. Der „Knackpunkt“ war, dass der bisher öffentlich nutzbare Basketballplatz im neuen Konzept nicht mehr für die Öffentlichkeit zugänglich sein sollte. Da regte sich überfraktionell der Protest. Begründet wurde diese Maßnahme damit, dass der auftretende Vandalismus vermieden werde sollte. Durchgesetzt hat sich ein Antrag der Fraktion der Grünen, dem wir auch zugestimmt haben. Der Basketballplatz wird also außerhalb der Zeiten mit schulischer Nutzung für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und bekommt einen gesonderten Zugang. Eine Alternative wäre der Bau eines öffentlichen Basketballplatzes. Das wäre aber erst im Jahr 2026 möglich.

Mit dem Beschluss des Stadtrates haben wir jetzt einen weiteren neuen sachkundigen Einwohner. Lorenz Schleyer hat seine Tätigkeit im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtentwicklung auf Grund seines Studiums in Berlin beenden müssen. Unser neuer Sachkundiger ist Richard Busch. Herzlich willkommen.

Und es gab einen neuen Widerspruch der Verwaltung. Diesmal trifft es unseren Antrag zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche, der im Stadtrat eine Mehrheit fand. Der Widerspruch wurde angemeldet, weil es um eine zusätzliche freiwillige Leistung (ca. 6000 Euro!) geht.

Der Antrag hat wieder eine Mehrheit im Stadtrat bekommen. Schauen wir mal, wie es hier weitergeht.

Ute Haupt





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat November Geburtstag haben.



## Antrag für den Beitritt unserer Stadt zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten - eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) stellt zur nächsten Stadtratssitzung einen Antrag, der den Beitritt unserer Stadt zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten - eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“ fordert. Dazu erklärt die Fraktion:

„Lebendige, attraktive Städte brauchen lebenswerte öffentliche Räume. Ein stadtverträgliches Geschwindigkeitsniveau des Kfz-Verkehrs ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema. Leider wird den Kommunen bisher die Flexibilität bei der Geschwindigkeitsanpassung und bei der Berücksichtigung konkreter örtlicher Bedingungen verwehrt.

Die Vorgaben des Straßenverkehrsrechts verhindern immer noch, dass Städte und Gemeinden selbstständig entscheiden können, wo innerorts welche Höchstgeschwindigkeit angeordnet werden soll. Soziale, ökologische, baukulturelle, aber auch verkehrliche Gründe, die vor Ort als wichtig erachtet werden, spielen bei der Entscheidungsfindung bisher sehr oft keine Rolle. Dabei sind es doch wohl die Akteur:innen in der Kommune selbst, die am besten einschätzen können, wo konkret vor Ort welche Höchstgeschwindigkeit anzuordnen ist.

In diesem Zusammenhang haben bisher sieben deutsche Großstädte die Teilnahme an einem Modellprojekt zur Erprobung von Tempo-30-Zonen in ihrem Stadtgebiet beantragt. Diese Städte sollen im Rahmen des Versuchsprojektes an ausgewählten innerstädtischen Orten Tempo-30-Zonen einrichten dürfen, wo es ihnen sonst rechtlich nicht möglich wäre. Wir wollen, dass Halle damit dem Vorbild unserer Nachbarstadt Leipzig folgt und sich ebenfalls an diesem spannenden Projekt beteiligt.

Die Teilnahme am Projekt bedeutet aber nicht, dass damit die ganze Stadt zur Tempo-30-Zone wird.

Vielmehr muss eingehend geprüft werden, wo diese Umstellung sinnvoll wäre. Unser Antrag will damit vor allem eine bessere Planung und Abstimmung der einzelnen Verkehrszonen vorantreiben. Wir gehen davon aus, dass sich Halle so erfolgreich am Modellversuch beteiligen kann und der Kfz-Verkehr in den entsprechenden Bereichen sicherer und flüssiger wird. Welche Änderungen dann dauerhaft umzusetzen sind, wird eine kritische Evaluation zur Tage fördern müssen. Es muss darum gehen, den Verkehr für alle zu optimieren - und das kann und muss manchmal auch über eine Verlangsamung geschehen. Wir freuen uns auf die Diskussion im Stadtrat und hoffen auf die Zustimmung der anderen Fraktionen.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

wegen der Verschlechterung der pandemischen Lage in der Stadt müssen wir leider die Seniorencafés am 24. November und am 15. Dezember absagen.

Wir hoffen, dass sich die Pandemiesituation in den kommenden Monaten wieder entspannt und wir Versammlungen im Linken Laden wieder anbieten können.

Euer Stadtvorstand

**20./21. November**, 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt (in Leuna)

**26. November**, AG-Wirtschaft, 18 Uhr im Kleeblatt

## Nachruf Martin Bahr

Wir, die AG Betrieb und Gewerkschaften trauern um unseren Genossen Martin Bahr. Obwohl er ein sehr hohes Alter von 93 Jahren erreichte, schien es für uns unvorstellbar, dass der „ewige“ Martin mal nicht mehr da ist.

Sein Sterbetag, der 01.09.2021 scheint noch einmal als Ruf, die Lehren aus dem 2. Weltkrieg, in den er mit 17 Jahren als Volkssturm noch hineingerissen wurde, nicht zu vergessen. Für ihn persönlich waren die damaligen Erlebnisse prägend für sein Leben. Nie wieder Krieg und sich aktiv am Aufbau einer neuen Gesellschaft zu beteiligen, waren seine wichtigsten Lebensprämissen. Als langjähriger Gewerkschafts- und Parteifunktionär (Sekretär der GOF&E in Buna) hat er das nach bestem Wissen und Gewissen umgesetzt.

Für ihn, wie für die gesamte Generation, muss es ein schwerer Schlag gewesen sein, als sich 1989/90 die DDR mit der Wende in kürzester Zeit in Luft auflöste und alles, wofür er gestanden hat, plötzlich in Frage stand.

Aber in Resignation verfallen und sich verkriechen waren Martins Sache nicht. Er ist den Weg der Partei von der SED bis zur Linken aktiv mitgegangen. So war es folgerichtig, dass er sich als „alter Bunese“ in den 90er Jahren unserer AG Betrieb und Gewerkschaften anschloss.

Wir haben viel gestritten (natürlich konstruktiv), was denn nun die Fehler waren, die zum Untergang der DDR geführt haben mochten. Eine Diskussion, die in der Partei die Linke viel zu kurz gekommen ist.

Bei vielen Kontakten mit linken, kritischen Gewerkschaftern aus den alten Bundesländern (Höchst, Bayer, BASF...) und über die auch bei vielen Kontakten mit Gewerkschaftern aus Lateinamerika, lernte er auch andere Sichten auf die Dinge kennen und es war immer interessant, wenn er sich äußerte. Da kam auch mal die Tribüne von 1958 auf den Tisch, um zu belegen, dass die aktuellen Probleme so neu wohl doch nicht sind.

Martin hat auch im hohen Alter nicht vor neuer Technik halt gemacht. Mit elektronischer Kamera und Computer hat er unsere Treffen mit vielen schönen Bildern dokumentiert. Das hat er auch akribisch bei größeren Ereignissen im Stadtverband, wie dem Bun-

desparteitag in Halle, getan. Auch das wird uns fehlen! Was bleibt? Für uns 3 Verbliebenen (Gerlinde Heilmann, Sven Schmiedel und mich) stellt sich nun die Frage, was wir zu dritt noch tun können. Unser Treff bei Martin wird uns fehlen. Die DDR, für die er gelebt und gestritten hatte, ist schon lange weg. Es muss aber was sehr Gefährliches für das Großkapital an ihr dran gewesen sein. Die gefährliche Erfahrung der DDR-Bürger, dass es auch ohne das Kapital und Ausbeutung geht (wenn auch nicht immer ganz doll) rechtfertigen noch nach 30 Jahren eine „Aufarbeitung“, die man sich in der Altbundesrepublik nach 1945 gewünscht hätte. Da gibt es Vieles, was aus dem Erfahrungsschatz der Linken nicht verschwinden sollte. In diesem Sinne, lieber Martin, möchte ich den halleschen Liedermacher Paul Bartsch zitieren: „....., den Brückenkopf ins Niemandsland, den gebe ich nicht aus der Hand...“. Und auch der Leitspruch- Nie wieder Krieg ist aktueller denn je. Das hat er uns in unseren letzten Diskussionen immer wieder ins Stammbuch geschrieben und wir sollten ihn zwingend ganz oben in unseren Handlungsmaximen in der Linken haben!

Dr. Inno Rapphel

AG Betrieb und Gewerkschaften

DIE LINKE. Ortsverband Halle-Nord  
trauert um

Genossin

**Ingeborg König**

26.06.1926 - 13.10.2021

Durch ihr jahrzehntelanges unermüdliches Engagement in der Volkssolidarität war Inge über Halle-Trotha hinaus hoch angesehen.

Bis zuletzt verfolgte sie die Entwicklung unserer Partei, der sie seit 1945 angehörte. Ihr war es wichtig, dass DIE LINKE in ihrer Vielfältigkeit eine gemeinsame, starke Stimme für soziale Gerechtigkeit und Frieden bleibt.

In unserem Engagement dafür werden wir ihrem Vermächtnis gerecht.

## Situation an der polnisch-belarussischen Grenze ist humanitäre Katastrophe!

Schon wieder lässt sich die Situation an der EU-Außengrenze nur als humanitäre Katastrophe beschreiben. Dieses Mal ist damit nicht die dauerhafte Unterdrückung der Geflüchteten in EU-Lagern in Griechenland gemeint, sondern die absolute Not an der Grenze zwischen Polen und Belarus. Hier treibt der belarussische Diktator Aljaksandr Lukaschenka Geflüchtete - z.B. aus Syrien - mit Gewalt an die Grenze, um Druck auf die polnische Regierung auszuüben.

Aber worin besteht dieser Druck?

Menschen sind schließlich keine Waffen. Der Druck kommt daher, dass die rechte polnische Regierung sich auf die Fahne geschrieben hat, keine Geflüchteten aufzunehmen. Deshalb ist das Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus inzwischen zur militärischen Sperrzone geworden.

Die Geflüchteten werden von Diktator Lukaschenka immer wieder an die militärischen Absperrungen getrieben, wo polnische Soldat:innen sie dann brutal zurückstoßen.

Diese Situation ist eine humanitäre Zeitbombe, denn der nahende Winter sorgt dafür, dass die feststeckenden Menschen immer wahrscheinlicher erfrieren werden. Dazu kommen Hunger, Durst und Stress - ähnlich in Moria drohen Krankheiten die Menschen noch weiter zu schwächen.

DIE LINKE kritisiert deshalb das Regime in Minsk, aber genauso die polnische Regierung, die die Menschenrechte hier mit Füßen tritt und Menschen auf ihrem Staatsgebiet dem Hunger- und Erfrierungstod überlässt. Allerdings geht das Problem über diese Regierung hinaus: Auch Deutschland rührt keinen Finger, um den Menschen zu helfen. Stattdessen wird auf eine „europäische Lösung“ gewartet und auf noch mehr Abschottung gesetzt - das heißt: Weder die Ampel noch die GroKo wollen den Geflüchteten helfen, vielmehr wollen sie den polnischen Soldat:innen helfen, die die Geflüchteten mit Gewalt überziehen. Aus der EU kommt dazu kein Widerspruch, vielmehr sieht so die ganze Strategie aus.

An der EU-Außengrenze geht es also auch darum, ob die EU noch zu retten ist - ob sie sich jemals an die eigenen behaupteten Standards halten wird und ob sie jemals ein Grenzregime führen wird, welches nicht - leider wortwörtlich - über Leichen geht. Unsere Aufgabe ist es deshalb, Druck auf die Regierungen zu machen und die Initiativen zu unterstützen, die konkret vor Ort helfen. Unser besonderer Dank gilt daher der Zivilgesellschaft in Polen, die die Geflüchteten teilweise versorgt, für sie demonstriert und das macht, was eigentlich die Regierung machen müssen: Ein Mindestmaß an Humanität zeigen.

(LW)

## Standpunkt

### Nachlese zum Bundestagswahltag

Es mag erstaunen, dass ich unsere Wahlniederlage mit einer positiven Wertung beginne: Unser Wahlkampf hat schließlich dazu beigetragen, dass das bisherige Parteiengefüge total durcheinandergeraten ist. Unser Angebot, Regierungsverantwortung im Bedarfsfalle übernehmen zu wollen, war keineswegs ein Anbieten, sondern ehrlich gemeint. Wer im Bundestag gesessen hat und sitzt, kann Regierung. Dieser Wille zum Mitregieren hat unsere politischen Gegner veranlasst, mehr denn je das Schreckgespenst von RGR an die Wand zu malen. Das hat vermutlich die uns bekannte Wählerwanderung mitbewirkt. Nun steht RGG in der Verantwortung und muss sich dem Volk

stellen und sich zu ihm bekennen. Fragt sich nur, wie das im Einzelnen gelingen soll, zumal eine sozial gerechte Umverteilung von oben nach unten nicht erkennbar wird.

Nun zu einigen „Negativbuchungen“: Die Beispiele, die ich nenne, gehören gesagt und wurden auch schon gesagt: Unsere Partei hat nicht immer das nötige Gespür für die Kunst des Möglichen. Mit Leichtigkeit konnten die politischen Gegner das Abstimmungsverhalten der LINKEN im Bundestag zum Rettungseinsatz der Bundeswehr in Kabul „überzeugend“ als Beweis für wenig menschlich und für deren Regierungsunfähigkeit artikulieren. Für die Abschaffung des Ver-

fassungsschutzes zu plädieren, war sicher auch nicht angebracht, zumal dessen rechtes Auge sich langsam öffnet und auf die AfD gerichtet ist. Wer den Verfassungsschutz abschaffen will, sei nicht regierungsfähig, hieß es bei der CDU und ergänzte das Schreckensbild von Rot-Grün-Rot. Letzteres so oft, dass selbst Grüne und SPD es unterließen, sich eindeutig zu dieser Konstellation zu bekennen. Dazu kam, dass FDP-Chef Lindner von den Medien fast jeden Tag seinen Auftritt erhielt und dafür am Ende die nötige Stimmenzahl für seine Partei einfahren konnte. In einer solchen Atmosphäre war es unseren Wahlkämpfern schier unmöglich, ihre guten Argumente dem Wahlvolk hinreichend plausibel zu machen. Apropos Wahlvolk, ein Viertel hat sich wahrscheinlich frustriert aus der Politik verabschiedet, die anderen leisteten sich in Bezug auf Argumente und Verhaltensweisen der LINKEN nicht mehr hinreichendes Differenzieren bzw. Zusammenhangsdenken. Möglicherweise hat das u. a. auch gesamtgesellschaftliche Bildungsursachen: Das Stellen richtiger Fragen, das Erlernen philosophischen Denkens von Kindesbeinen an nach dem Motto: „An Allem ist zu Zweifeln.“ (K. Marx) Zweifel bedingen kluge Fragestellungen, was aber eine optimistische Lebenseinstellung nicht ausschließen darf. Wie dem auch sei: Bei der Ursachenfindung sind solche Aspekte immer mitzudenken. D. h. also auch, die möglichen Reaktionen der politischen Gegner bzw. potenzieller Wähler immer mitzudenken und außerdem bisherige Nichtwähler durch kluge Gestaltungsideen zu begeistern. Schwer genug! Im Wahlkampf unserer Partei war die Idee, die Nato allmählich in eine Sicherheitsstruktur unter Einbeziehung Russlands zu überführen, einfach genial. Die politischen Gegner sahen das nicht so: außenpolitisch regierungsunfähig! Man wird sehen. Irgendwann wird sich die Erkenntnis durchsetzen, dass es ohne Russland nicht gehen kann. Unsere Idee vom Mindestlohn hat sich ja auch durchgesetzt. Auch der Mietendeckel für ganz Deutschland war eine geniale Wahlkampfidee, die sogar von der SPD als „Mietenmoratorium“ angenommen wurde. Im Sondierungspapier tauchte sie aber nicht wieder auf. Das macht nachdenklich.

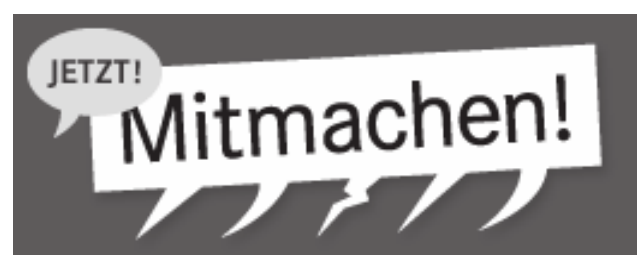
Nun zu S. Wagenknecht, deren Argumentationsfähigkeit ich immer hoch eingeschätzt habe. Im Gegensatz zu ihren Kritikern hätte seinerzeit auf die Bewegung „Aufstehen“, die nach meinem Dafürhalten eindeutig gegen rechts gerichtet war und der sich

etliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angeschlossen hatten, von Seiten der LINKEN positiv reagiert werden sollen. Stattdessen wurde sie - so mein Eindruck damals - totgeredet. Von da an trübte sich das gesellschaftliche Stimmungsbild gegenüber den LINKEN immer mehr ein und S. Wagenknecht verfiel zunehmend in m. E. auch törichte und für LINKE widersinnige „selbstgerechte“ Haltungen (aktuell mit einer - es ist nicht zufassen - Impfverweigerung!), die z. T. sogar für die AfD attraktiv wurden. Auch für die Medien wurden sie immer interessanter und vermittelten ein Bild der Zerstrittenheit bei den LINKEN. Schon damals schwante mir, dass die LINKE im Wahlvolk an Ansehen verlieren wird. Deshalb war es für mich auch nicht verwunderlich, dass wir schon bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt Einbußen erlitten. So könnte also auch beim Wahlvolk zur Bundestagswahl der Eindruck erweckt worden sein, seine Stimmen seien bei SPD und Grünen besser aufgehoben. Fazit: DIE LINKE braucht eine elegante Fehlerkultur, die ein Umdenken bei Konflikten leichter möglich macht und derartige Zwi- stigkeiten erst gar nicht zulässt. Die Einstellung der LINKEN zu sozialen Bewegungen hat sich ja zum Glück schon gewandelt.

Noch ein Gedanke zum Wahlvolk Jugend. Wer Jugend für sich einnehmen möchte, und das wäre dringend erforderlich, sollte mit ihr geschickter umgehen. FDP und Grüne haben zur Bundestagswahl erstaunliche 21 bzw. 23% des Jugendwahlvolkes mit attraktiven Angeboten für sich gewinnen können, wie zu erfahren war. Mir ist noch gut in Erinnerung, dass zwei junge Leute als Delegierte für die LINKEN nicht in den Landtag von Sachsen-Anhalt gekommen sind. Das gab mir doch zu denken.

Lasst mich meine Nachlese mit einem Gedanken Gustave Flauberts beenden, der einmal sehr sarkastisch bemerkte, die beste Regierung sei die, „die in den letzten Zügen liegt, weil sie bald Platz macht für eine andere“. Hoffentlich für eine bessere!

Lothar Waide, Basisgruppe Heide Nord





## In Polen streiken die Frauen für ihre Rechte!

Seit der Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichtes gilt in Polen ein extrem strenges Anti-Abtreibungsrecht. Sogar bei medizinischen Komplikationen ist der Eingriff weitestgehend verunmöglicht. Diese Entscheidung ist natürlich im Kontext der polnischen Regierung zu sehen, die einen extrem konservativen Kurs fährt und religiöse und nationalistische Ressentiments versucht zur Legitimationsgrundlage ihres Regierens zu machen.

Dazu gehört dann auch das Lob der vermeintlich perfekten Kernfamilie und die gleichzeitige Abwertung von selbstbestimmten Frauen und LGBTIQ\*-Personen - letzteres geht ja sogar so weit, dass „LGBT-freie Zonen“ ausgerufen werden. Die Situation in Polen ist für die Gleichberechtigung mehr als prekär. Das hat zuletzt eine schreckliche Konsequenz aus der rechtlichen Situation vor Augen geführt: Ärzte haben sich aus Angst vor der Kriminalisierung gewei-

gert, einen medizinischen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen. Der Fötus war wichtiger als das Leben der Schwangeren, weshalb die Ärzte auf den Tod des Fötus warten mussten - dann war es aber auch für die Frau zu spät, die an einem septischen Schock starb. Die Situation ist also inhuman und katastrophal. Aber es gibt Hoffnung: Tausende von Frauen gehen seit der Verschärfung auf die Straße, streiken und kämpfen für ihre Rechte, die eigentlich selbstverständlich sein müssen. Das geltende Recht ist irrational, frauenfeindlich und tödlich - denn Schwangerschaftsabbrüche gab es immer und wird es immer geben. Der Gesetzgeber hat nur in der Hand, sie möglichst sicher und gerecht zu gestalten. Das ist eine Lektion, die auch in Deutschland noch nicht gelernt wurde, wie man an den Paragrafen 218 und 219 leider sieht.

(LW)

---

## Zwischen den Zeiten - Die späten Jahre der DDR

### Ein neuer Blick auf die DDR der 80er Jahre mit Autor Gunnar Decker

**Moderation: Paul Werner Wagner**

Paul Werner Wagner: Der Philosoph, Kritiker und Sachbuchautor Gunnar Decker, Jahrgang 1965, hat schon in der jüngeren Vergangenheit mit Büchern zum Osten und seiner Vergangenheit auf sich aufmerksam gemacht - im Jahr 2000 mit dem Reportagenband „Gefühlsausbrüche oder Ewig pubertiert der Ostdeutsche“, den er gemeinsam mit seiner Frau Kerstin Decker schrieb, und 2015 mit „1965 - der kurze Sommer der DDR“.

Das große Buch zur DDR-Geschichte ist noch nicht geschrieben. Das zur Geschichte der alten Bundesrepublik auch nicht. Aber bei der DDR-Geschichte fällt es auf, wie sehr die Sicht auf dieses Land nach wie vor durch eine West-Brille betrachtet wird und lauter Forschungsergebnisse vereinzelt nebeneinanderstehen und nichts zusammenpasst.

Gunnar Deckers Buch ist tatsächlich das erste Buch, das eine realistische DDR-Erzählung sichtbar macht. Die eigentliche Wende, schreibt Gunnar Decker, habe im Jahr 1985 begonnen - mit dem Auftritt Gorbatschows auf der politischen Bühne und der

Perestroika, die vor allem ein geistiger Aufbruch gewesen sei. Ihr Einfluss auf das Selbstbewusstsein von Künstlern und Intellektuellen in der DDR sei gewaltig gewesen, die Angst vor dem Parteiapparat geschwunden, Hoffnung habe sich breit gemacht. Entwickelt habe sich daraus eine „Utopie vom Anderswerden“, wobei die Infragestellung des Realsozialismus im Bereich der Kunst und Kultur begonnen habe.

So sei das Buch „Zwischen den Zeiten“ eine Art Kulturgeschichte, wenn auch eine sehr subjektive. Auf beeindruckende Weise bewegt sich Decker durch die Kulturgeschichte Ost, in der er mehr als 50 heute völlig unbekannte Autoren, Filme und Bücher dem Vergessen entreißt.

Das Buch ist eine Rückeroberung von Geschichte. „Zwischen den Zeiten - Die späten Jahre der DDR“ wird niemanden enttäuschen, der sich für die komplexe Lebensrealität dieses untergangenen, aber noch nicht zu Ende gegangenen Landes interessiert.

**Anmeldung erforderlich unter:  
[anmeldung@rosaluxsa.de](mailto:anmeldung@rosaluxsa.de)**



# Literatur im Gespräch

## am 23. November um 18.00 Uhr

# GUNNAR DECKER



# ZWISCHEN DEN ZEITEN

# DIE SPÄTEN JAHRE DER DDR

a

aufbau

**Gunnar Decker**  
im Gespräch  
mit  
**Paul Werner  
Wagner**

**Eintritt frei!**

Anmeldung unter:  
[anmeldung@rosaluxsa.de](mailto:anmeldung@rosaluxsa.de)  
oder: 0391/25191475

im  
**Puschkinhaus  
Halle**  
Kardinal-  
Albrecht-Str.6

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagsitzung vom 14./15.10.2021

Zur 3. Sitzungsperiode des neu gewählten Landtages standen 17 Themen auf der Tagesordnung, über die am 14. und 15. Oktober debattiert und abgestimmt wurde.

## #Regierungserklärung

In seiner ersten Regierungserklärung unter dem Titel „Wir gestalten Sachsen-Anhalt. Stark. Modern. Krisenfest. Gerecht. Chancen nutzen, Risiken minimieren - für ein modernes und krisenfestes Land“ blieb der wiedergewählte Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff den Menschen in Sachsen-Anhalt viele Antworten schuldig. Das fand auch die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern in ihrer Rede, in der sie unter anderem sagte: „Sie haben heute eine weitere Chance verpasst, Klartext zu sprechen und die Frage zu beantworten, wie Sie den Problemstau in Sachsen-Anhalt auflösen wollen.“ Sie kritisierte unter anderem, dass das Regierungsprogramm mangels konkreter finanzieller Unterbreitung unverbindlich wäre, eine nüchterne Bilanz und schlüssiges Leitbild für politisches Handeln fehlten. Und sie stellte die Frage, mit welchen Kürzungen die Menschen in diesem Land zu rechnen hätten, weil die Landesregierung weiter an der schwarzen Null festhalte. Da sei intransparent für die Menschen im Land. „Armut ist nicht gerecht und die Tatsache, dass Sie sich im Koalitionsvertrag lediglich darauf einigen konnten, sich im Bund positiv in die Debatte zur Einführung der Kindergrundsicherung einbringen werden, ist ein Armutszeugnis“, so die Fraktionsvorsitzende. Sie betonte, dass die Gewinner der Krise zur Kasse gebeten werden sollten, da für DIE LINKE klar sei, dass in einer gerechten Gesellschaft die Starken für die Schwachen einstehen müssten.

## #Fähren

### Beteiligung des Landes an den Kosten der landesbedeutsamen Fähren

Bereits im Februar 2021 hat die Fraktion DIE LINKE einen Gesetzentwurf zur finanziellen Unterstüt-

zung der Fähren im Land vorgelegt. Dieser wurde jedoch nicht mehr bis zu Ende diskutiert. Daher hat die Linksfraktion diesen in der neuen 8. Legislatur erneut eingebracht. Fähren werden derzeit nahezu ausschließlich von den Gemeinden betrieben, obgleich sie überwiegend Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen miteinander verbinden. Die Betreiberkosten sind zunehmend defizitär, z. B. aufgrund von Niedrigwasserphasen. Der mangelnden Betriebswirtschaftlichkeit des Fährbetriebs stehen die touristischen, ökologischen und Nutzer\*innenfreundlichen Vorteile gegenüber. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung an den Kosten der landesbedeutsamen Fähren soll den Kommunen durch eine finanzielle Beteiligung des Landes eine Perspektive gegeben werden. Denn, so der für den Landkreis Stendal zuständige Abgeordnete Wulf Gallert, die Gemeinden seien mit den Kosten völlig überfordert. Deshalb unser Vorschlag, der mit den betroffenen Kommunen bereits diskutiert wurde: Die Landesregierung übernimmt aus Landesmitteln die Revisionskosten zu 100 Prozent sowie die Defizite der Betriebskosten zur Hälfte, also 50 Prozent.

## #Fähren

### Ursachen und Auswirkungen der aktuellen Preisentwicklung bei Erdgas

Aufgrund der aktuellen Preisentwicklung für Erdgas auf den internationalen Märkten und deren Auswirkungen auf das Land Sachsen-Anhalt hat die Linksfraktion eine aktuelle Debatte beantragt. So hat das Stickstoffwerk Piesteritz angekündigt, seine Produktion zu drosseln bzw. einzustellen, mit Auswirkungen auf die Bereitstellung von Düngemitteln und Zusatzstoffen für Dieselmotoren. Mit besonderer Sorge sieht die Linksfraktion die Entwicklung der Gaspreise für Verbraucher\*innen. Müssten diese in der bevorstehenden Jahreszeit frieren, fragte die energiepolitische und für Verbraucherschutz zuständige Sprecherin, Kerstin Eisenreich. Sie verwies in ihrer Rede auf das seit Jahren ungelöste Problem der Energiearmut. Das

räche sich in der aktuellen Situation. Es brauche daher umgehend klare politische Signale, wie die Senkung von Steuern und Abgaben, aber eben auch staatliche Garantien durch Kostenzuschüsse für die betroffenen Menschen. Und deutlich werde auch, dass der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien dringend notwendig ist, denn ein Zurück zu fossilen Brennstoffen sei der völlig falsche Weg. Gleichzeitig sehe die Linke, dass es falsch sei, die Organisation der Energieversorgung dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen. Denn wir sehen diese als Daseinsvorsorge und Grundrecht an. Die Märkte hätten sich jedoch längst schon über das Wohlergehen der Menschen und die Bewahrung ihres Lebensraumes hinweggesetzt.

### #Hochschulen

#### **Betrug am Bund beenden - Hochschulen und Studentenwerke finanzieren und fördern**

Am Beispiel der Martin-Luther-Universität Halle zeigte der hochschulpolitische Sprecher Hendrik Lange, wo die Probleme der Finanzierung der Hochschulen im Land liegen und welche Folgen dies haben. So legte im Mai 2021 das Rektorat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg einen Grundsatzbeschluss zur Streichung von 100 Stellen, Schließung von Instituten, Aufhebung von Studiengängen sowie weitere Straffungen in der Hochschulstruktur vor - ein Kahlschlag in Lehre und Forschung. Dagegen hat sich auch Widerstand formiert. Da sich aber die Landesregierung hier nicht bewegt, hat die Linksfraktion mit ihrem Antrag konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation gemacht.

Ein Abbau jeglicher Hochschulstruktur ist jedoch kontraproduktiv, stattdessen müssen bestehende Mittel richtig verwendet und insbesondere aufgestockt werden. Zugleich müsse ein Hochschulstrukturplan für das Land her, der gemeinsam mit den Hochschulen entwickelt werden müsse. Ein großer Teil der Bafög-Mittel sei nicht in die Wissenschaft geflossen, sondern versickerte im Gesamthaushalt. Der gleiche Effekt ist bei Mitteln aus dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ zu beobachten. So erfolgt aus den Bundesmitteln ein Vorabzug wie bspw. für die Lehrer\*innen-Bildung.

„Die Kofinanzierung [der Hochschulen] muss zusätzlich sein. Denn damit wären wir auf einen Schlag alle Probleme los. So geht verantwortungsvolle Hoch-

schulpolitik.“

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

### #Willkommenskultur

#### **Für ein willkommensfreundliches Sachsen-Anhalt**

Sachsen-Anhalt sei für die meisten Ausländerinnen und Ausländer nur eine Durchgangsstation.

Zu diesem Ergebnis ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gekommen. Denn das Land verliere dadurch dringend benötigte Potenziale für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Mit ihrem Antrag will die Fraktion die Partizipation von Migrantinnen und Migranten stärken, bürokratische Hindernisse abbauen und Bildungsangebote verbessern. Die migrationspolitische Sprecherin Henriette Quade sagte in ihrem Debattenbeitrag: „meine Fraktion geht das Thema Zuwanderung und Migration etwas anders an, als es der Tenor dieses Antrages ist. Wir schauen nicht zuerst auf die im Antrag angeführten Nützlichkeitsüberlegungen, sondern folgen grundsätzlich der Idee, die u.a. der Bürgermeister von Palermo [...] mit der Charta von Palermo vertritt. Migration und Freizügigkeit sollten endlich als Menschenrechte begriffen werden, statt als abzuwehrendes Problem, das man möglichst verhindern will.“

Henriette Quade sagte abschließend: „Integration und moderne Zuwanderung kann nicht heißen, dass Migrantinnen die schlecht bezahlten Jobs machen und sie nur dann, wenn sie bereit sind, das zu tun, willkommen sind.“

Nein, natürlich gehören Zuwanderungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zusammen, und zwar ausdrücklich im Interesse aller. Ja, natürlich haben wir Überzeugungen, die sehr viel weiter gehen als die Maßnahmen, die in dem Antrag zu Recht eingefordert werden, aber auch durch und durch pragmatisch sind. Ich sage für meine Fraktion sehr klar: Auch in dieser Legislaturperiode werden wir alles, was in die richtige Richtung geht und dabei hilft, die Lage für Zugewanderte in Sachsen-Anhalt zu verbessern, grundsätzlich unterstützen.

Dass es zugleich eine der Zukunftsfragen für dieses Land ist, haben eigentlich alle erkannt. Die Landesregierung unter der Führung der CDU wäre tatsächlich sehr gut beraten, diese nicht länger ideologiegeleitet zu blockieren.“



## #Verbraucher- und Umweltschutz

### Reparieren statt Wegwerfen

Für die Einführung eines Reparaturbonus nach Thüringer Vorbild in Sachsen-Anhalt setzt sich die Linksfraktion mit einem Antrag ein. „Allein in diesem Jahr fielen weltweit 57 Millionen Tonnen Elektroschrott an“, sagte die für Verbraucherschutz zuständige Sprecherin, Kerstin Eisenreich. Die Menge an Elektroschrott wachse jährlich um drei bis fünf Prozent und nur 17,5 Prozent werden tatsächlich recycelt. Das sei eine Verschwendung von Rohstoffen wie Metallen, Wasser, Chemikalien und anderem, eine Verschwendung von Energie und menschlicher Arbeitskraft, die zur Herstellung der Produkte eingesetzt wurden. Eine längere Nutzungsdauer von Elektrogeräten spare CO2 und reduziere den Verbrauch von Rohstoffen.

„Also sind Geräte, die länger halten und bei Bedarf repariert werden können, für viele Menschen nicht nur für den eigenen Geldbeutel wichtig, weil sie sich nicht dauernd neue Produkte leisten können, sondern eben auch, weil sie sich diese aus Umweltschutzgründen nicht leisten wollen. Zudem ist vielen Menschen, gerade hier im Osten, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wertschätzung für die Produkte und die Arbeit für ihre Herstellung wichtig. Sie empfinden nämlich das Wegwerfen tatsächlich als allerletzte Option.“, so Eisenreich weiter.

Gerade bei älteren Elektrogeräten scheinen die Reparaturkosten im Vergleich zum Neukauf oft unverhältnismäßig hoch zu sein. Daher will Fraktion DIE LINKE in Abstimmung mit der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt ein möglichst einfaches und verständliches Reparatur-Bonus-Programm auflegen, in Anlehnung an das Thüringer Programm aber auch anderer Länder wie Österreich. „Dafür sollen Reparaturkosten in Höhe von 50 % der Bruttoreparaturrechnung für ein Elektrogerät erstattet werden, maximal 100 Euro pro Verbraucherin oder Verbraucher und Jahr. [...] Wir sehen auch Kinder als anspruchsberechtigt an. Denn bekanntlich nimmt die Nutzung von elektrischen Geräten mit der Anzahl von Personen im Haushalt zu und damit auch die Anfälligkeit für Defekte. Dieses Verfahren soll also die Verbraucherinnen und Verbraucher motivieren, eine Reparatur einer Neuanschaffung vorzuziehen, um Umwelt, Klima und auch Ressourcen zu schonen, und vor allem Haushalte, die sich weder eine Reparatur noch ein Neugerät leisten können,

entlasten.“

Zur Umsetzung gehört ausdrücklich auch die angemessene personelle, sächliche und finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale. Letztendlich sei der vorgeschlagene Reparaturbonus ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des regionalen Handwerks, regionaler Wirtschaftskreisläufe und der Wertschöpfung.

Dieser Antrag fand im Grundanliegen zahlreiche Unterstützer\*innen in den anderen Fraktionen und wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 22. Oktober 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Oktober 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

### Rote Socken gegen soziale Kälte - Die LINKE Halle strickt

Liebe Genoss\*innen,

viele von euch haben uns mit schöner Wolle versorgt. Davon haben wir jede Menge im Linken Laden, die abgeholt und verarbeitet werden kann. Einige von euch haben sich auch schon fleißig an unserer Aktion beteiligt-vielen Dank dafür! Es wäre super, wenn sich noch ein paar von euch finden und sich Wolle abholen und stricken oder häkeln.

Helft uns, dass wir in der Weihnachtszeit so viele gestrickte und gehäkelte Socken, Mützen, Schals und Handschuhe wie möglich an halesche Hilfsorganisationen spenden, um ein solidarisches Zeichen gegen die soziale Kälte setzen zu können.

Bitte unterstützt uns hierbei und schwingt die Nadeln! Wenn ihr Fragen, Ideen oder Anregungen zu unserer wolligen Aktion habt, wendet euch sehr gern an Steffi Mackies zum Beispiel über [stefanie.mackies@web.de](mailto:stefanie.mackies@web.de)

